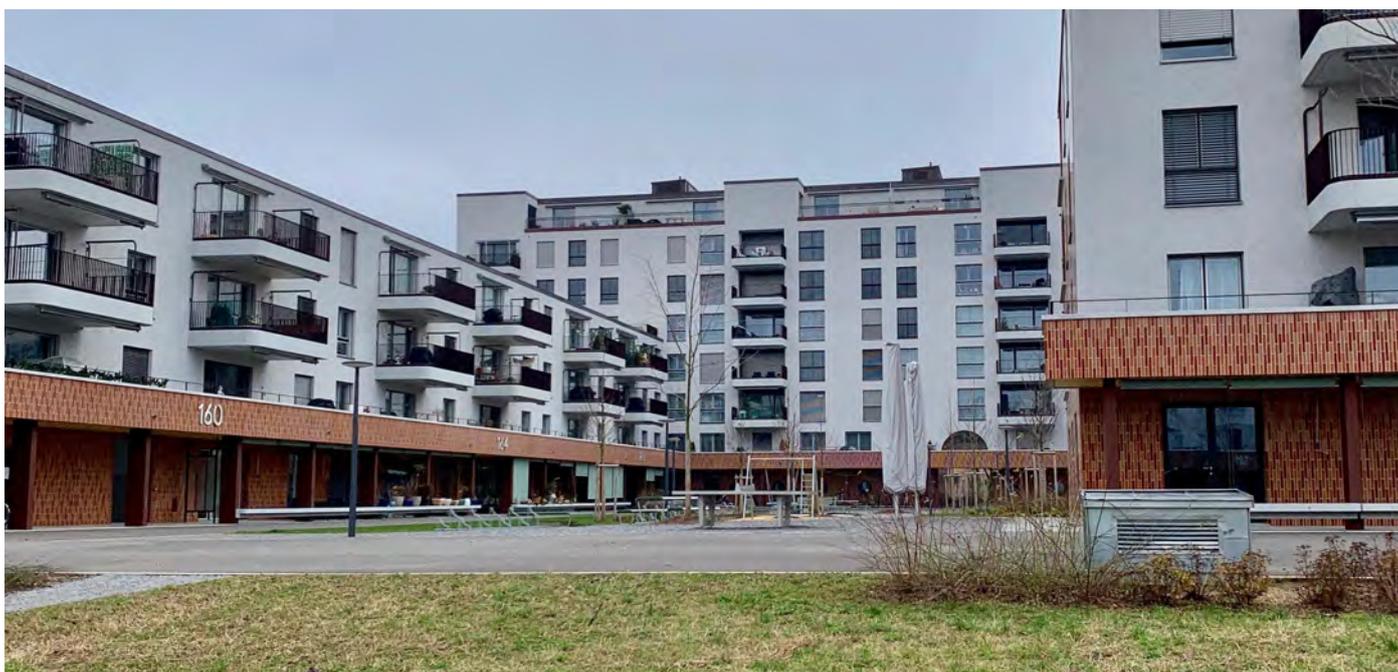


# SVPdirekt

FREIHEITLICHE UND KONSERVATIVE ZEITSCHRIFT FÜR DIE REGION WINTERTHUR | JANUAR-AUSGABE 1/2020 | 28. JAHRGANG

AZB  
8404 Winterthur

## Planwirtschaft im Wohnungsbau – Wehret den Anfängen!



Retouren an  
Printimo AG, Postfach

DIE POST

In Zürich sind bereits 25 Prozent der Wohnungen im Besitz gemeinnütziger Organisationen, (hier Wohngenossenschaft in Oerlikon)



Hans Egloff  
ehem, SVP  
Nationalrat  
Kt. ZH

In einer Volksinitiative verlangt der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband (SMV), dass zukünftig 10 Prozent aller neu gebauten Wohnungen durch gemeinnützige Wohnbauträger erstellt werden müssen. Ausserdem sollen Sanierungen nicht zum Verlust von preisgünstigem Wohnraum führen.

Am 9. Februar 2020 stimmen wir über die Initiative „mehr

bezahlbare Wohnungen“ des Mieterinnen- und Mieterverbands ab. Die Forderungen sind massiv: Im Gegensatz zu heute soll nicht mehr der Wohnungsbau im Allgemeinen gefördert werden, sondern nur noch der Bau preisgünstiger Wohnungen. Nach dem Willen der Initianten sollen Sanierungen nicht mehr zum Verlust von preisgünstigen Wohnungen führen und der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen am gesamten Neubaubau soll 10 Prozent betragen. Zusätzlich sollen die Gemeinden und Kantone ein Vorkaufsrecht

für geeignete Grundstücke einführen können.

### Teuer und unrealistisch

Die Forderungen sind weder marktkonform noch realistisch. Heute beträgt der Anteil der gemeinnützigen Wohnungen am gesamten Neubaubestand etwa drei Prozent. Um die Forderung der Initianten zu erfüllen, müssten also mehr als dreimal so viele Wohnungen durch gemeinnützige Wohnbauträger erstellt werden – und das jedes Jahr und in der ganzen Schweiz. Um dieses Ziel zu

### IN DIESER AUSGABE

<i>Abstimmung</i>	1
<i>Kommentare</i>	4
<i>Bunte Seite</i>	5
<i>Abstimmungen</i>	6
<i>Portrait</i>	11
<i>Letzte Seite</i>	12

**Um die Forderung der Initianten zu erfüllen, müssten also mehr als dreimal so viele Wohnungen durch gemeinnützige Wohnbauträger erstellt werden – und das jedes Jahr und in der ganzen Schweiz.**

**Dies würde dazu führen, dass bei jeder Baubewilligung überprüft werden muss, ob es sich beim Bauherrn um eine gemeinnützige Organisation handelt. Ein weiterer bürokratischer Kontrollapparat würde aufgebaut!**

erreichen, würden fünfmal mehr Darlehen und damit zusätzliche Mittel in der Grössenordnung von 120 Millionen Franken pro Jahr benötigt. Die Quote in der Bundesverfassung würde den Bund zwingen, in den Bau von gemeinnützigen Wohnungen zu investieren, auch wenn gar kein Bedarf bestehen sollte. Ausserdem sind auch private Investoren in der Lage, solche Wohnungen zu bauen und tun dies auch.

### **Unflexibel und bürokratisch**

Die Umsetzung der starren 10-Prozent Quote wäre problematisch: Eine Variante wäre die oben beschriebene massive Ausweitung der Subventionen. Denkbar wäre aber auch, dass der Bund Baubeschränkungen für Investoren erlassen könnte, um die Quote zu erreichen. Dadurch könnten insgesamt weniger Wohnungen pro Jahr erstellt werden als bisher, was nicht im Sinne der Mieter wäre, da sich dadurch das Angebot noch verknappten würde und die Mieten steigen würden. Abgesehen davon müsste ein administrativer Aufwand betrieben werden, um die Einhaltung der Quoten zu überprüfen. Dies würde dazu führen, dass bei jeder Baubewilligung überprüft werden muss, ob es sich beim Bauherrn um eine gemeinnützige Organisation handelt. Ein weiterer bürokratischer Kontrollapparat würde aufgebaut!

### **80'000 leere Wohnungen**

Gemäss Bundesstatistik standen am 1. Juni 2019 in der Schweiz knapp 80'000 Wohnungen leer. Dies ist der höchste Wert seit dem Jahr 1999 und entspricht etwa dem Wohnungsbestand der Stadt Bern. Die Insertionszeiten von Mietwohnungen auf Internetplattformen haben zugenommen und an gewissen Orten locken die Vermieter bereits mit Gratismonaten und anderen Zusatzangeboten. In den grossen Städten wie Genf, Basel oder Zürich ist die Nachfrage nach Wohnraum zwar nach wie vor hoch. Gerade diese Städte haben aber bereits eine eigenständige Wohnungspolitik, um preisgünstige Wohnungen zur Verfügung zu stellen. In Zürich sind bereits 25 Prozent der Wohnungen im Besitz gemeinnütziger Wohnbauträger – die 10 Prozent Quote wäre hier also längst übererfüllt. Dort, wo es am ehesten nötig wäre, würde die Initiative also gar nichts bringen.

### **Eine Viertelmilliarde für den gemeinnützigen Wohnungsbau**

Auch bei einer Ablehnung haben die Initianten etwas erreicht: Der indirekte Gegenvorschlag sieht nämlich vor, dass der Fonds de Roulement innerhalb der nächsten zehn Jahre um 250 Millionen Franken aufgestockt wird. Der Fonds de Roulement ist das Förderinstrument des Bundes für den gemeinnützigen Wohnungsbau und ist aktuell mit 510 Millionen Franken dotiert.

## **IMPRESSUM**

Freiheitliche und konservative Zeitschrift für alle SVP Mitglieder von Stadt und Bezirk Winterthur und für weitere Abonnenten.

*Herausgeber*  
SVP Stadt und Bezirk Winterthur

*Erscheint*  
Viermal jährlich

*Auflage*  
1'600 Expl.

*Redaktionsleitung*  
Robert Winkler  
direkt@svp-winterthur.ch  
Tel. 079 896 46 06

*Redaktion*  
Hans Brunner, Maria Wegelin, Felix Lisibach, Therese Schläpfer, Werner Schneider, Simon Rüttimann

*Druck*  
Printimo AG  
Frauenfelderstrasse 21a  
8404 Winterthur

*Postadresse*  
SVP Winterthur  
8400 Winterthur

*PC-Konto*  
84-3804-5  
SVPdirekt, Winterthur

*Inseratannahme*  
Werner Schneider  
Tel. 079 696 47 31  
w.o.schneider@glattnet.ch

Berücksichtigen Sie unsere Inserenten, denn sie ermöglichen Druck und Versand des SVPdirekt. Danke.

## «Machsch es du oder söll ich's la si?» – Vorteile eines Co-Präsidiums



Herzlichen Dank für Ihre wertvolle Unterstützung im vergangenen Jahr. Dank Ihnen ist die SVP nach wie vor die stärkste Partei im Kanton Zürich. Für das vor uns liegende Jahr wünschen wir Ihnen alles Gute, viel Erfolg und gutes Gelingen bei allem was Sie sich vornehmen. Auch die SVP Winterthur hat sich für das begonnene Jahr viel vorgenommen. Neben den politischen Geschäften stehen dabei vor allem Sie, unsere

Mitglieder, im Fokus. Sowohl in der Stadtpartei als auch im Bezirk wartet ein abwechslungsreiches Jahresprogramm auf Sie. Die White Carnation Cocktail Party im Februar, im März folgt das Jazz Matinée und danach über das Jahr verteilt die Anlässe unserer Sektionen. Wir freuen uns, Sie an diesen Anlässen begrüßen zu dürfen. Politisch wird es uns nicht langweilig, stehen doch grundlegende Geschäfte wie die Revision der Gemeindeordnung vor der Tür. Zudem wird Daniel Oswald im Mai zum Präsidenten des Grossen Gemeinderates gewählt und ich werde im Sommer in den Gemeinderat nachrutschen und dafür mein Amt als Schulpflegerin in neue Hände übergeben. Nicht vergessen dürfen wir, dass bereits 2022 wieder Stadtrats-

und Gemeinderatswahlen anstehen. Markus Reinhard als unser WaKo-Präsident ist bereits mit einer Wahlstrategie und den grundlegenden Konzepten beschäftigt, denn es gilt die verlorenen Sitze zurückzugewinnen und als starke SVP aufzutreten. Wie Sie sehen arbeiten wir keineswegs nach dem Motto «Machsch es du oder söll ich's la si?», sondern wir bündeln gemeinsam mit dem Vorstand unsere Kräfte für eine starke und schlagkräftige SVP. Ich freue mich sehr, mit Ihnen zusammen die vor uns liegenden Aufgaben anzupacken. Zusammen können wir viel erreichen!



**Maria Wegelin**  
Co-Präsidentin SVP Winterthur  
Vize-Präs. Stadt-Töss-Mattenbach-Veltheim

**Für das vor uns liegende Jahr wünschen wir Ihnen alles Gute, viel Erfolg und gutes Gelingen bei allem was Sie sich vornehmen.**



### Kalender

Datum	Anlass	Ort
22. Februar 2020	<b>SVP Jasscup</b>	Muotathal
27. Februar 2020	<b>White Carnation Party</b>	Winterthur
7. Juni 2020	<b>Grillplausch Oberi</b>	Winterthur
26. August 2020	<b>Zürcher Oberland Messe ZOM</b>	Wetzikon
4. September 2020	<b>SVP Schiessen 2020</b>	Weiningen
11. September 2020	<b>SVP Schiessen</b>	Dietikon

Inserat

PRINTIMO.  
MEHR ALS  
NUR DRUCK.



**Printimo AG**  
Frauenfelderstrasse 21a  
8404 Winterthur  
Telefon 052 262 45 85  
info@printimo.ch  
www.printimo.ch

Ein Unternehmen der Ligema Gruppe

Finden Sie weitere Informationen zu aktuellen Anlässen auf

- [svp-winterthur.ch](http://svp-winterthur.ch)
- [svp-bezirk-winterthur.ch](http://svp-bezirk-winterthur.ch)
- [svp-zuerich.ch](http://svp-zuerich.ch)

## Brexit: Wie würden die anderen EU- Länder abstimmen?



Otto Weiersmüller  
SVP Uetikon

**Interessant wäre aber das Wahlergebnis, wenn das gesamte europäische Stimmvolk über den Austritt aus der EU abstimmen dürfte.**

Boris Johnson (Konservative) hat 364 von 650 Sitzen und damit die absolute Mehrheit. Sein Gegner Jeremy Corbyn (Labor) deren 203. Bei der Wahl ging es hauptsächlich um den Brexit,

den Johnson im Gegensatz zu seinem Gegner befürwortet. Interessant wäre aber das Wahlergebnis, wenn das gesamte europäische Stimmvolk über den Austritt aus der EU abstimmen dürfte. Das wird allerdings nie der Fall sein. Denn die EU fürchtet zu Recht Volksabstimmungen, die ihre Existenz

in Frage stellen, wie der Teufel das Weihwasser. Auch ist anzunehmen, dass die EU England beim Brexit möglichst viele Steine in den Weg legen wird. Sozusagen als Warnung vor eventuellen Sanktionen gegen übrige austrittswillige EU-Länder.

## Das passiert wenn Rot-Grün dominiert



Martin Hübscher  
SVP Kantonsrat  
Kt. ZH

**Nachdem wir im Kantonsrat Zürich den symbolischen Klimanotstand beschlossen haben, der zwar den Begriff „Notstand“ missbraucht, aber nichts weiter bewirkt, folgten Entscheide, welche die Unternehmen und Eigentümer direkt betreffen.**

**Der Kanton Zürich ist die Wirtschaftslokomotive der Schweiz. Rund ein Viertel der Wirtschaftskraft kommt aus dem Kanton Zürich. In der aktuellen Legislatur – mit einem Rot-Grün dominierten Kantonsparlament – steht die Wettbewerbsfähigkeit des soliden Finanz- und Werkplatzes Kanton Zürich auf dem Spiel.**

Seit den Wahlen im letzten Frühling haben die bürgerlichen Parteien ihre Mehrheit im Zürcher Kantonsrat verloren. Die Folgen der links-grünen Politik sind jetzt, ein dreiviertel Jahre später, spürbar wie die nachfolgenden drei Beispiele deutlich aufzeigen.

**Autofahrer sollen künftig vermehrt zur Kasse gebeten werden. Nicht nur über die neue CO2 Abgabe, die den Benzinpreis um über 12 Rp erhöht.**

**Auflagen ohne Mehrwert**  
Nachdem wir im Kantonsrat Zürich den symbolischen Klimanotstand beschlossen haben, der zwar den Begriff „Notstand“ missbraucht, aber nichts weiter bewirkt, folgten Entscheide, welche die Unternehmen und Eigentümer direkt betreffen. Neu müssen nicht nur bei Neubauten sondern auch in Altbauten zwingend getrennte Energiezähler

installiert werden. Was das - je nach Gebäudeerschliessung - für Mehrkosten bedeutet steht in keinem Verhältnis zum Nutzen für die Bewohner. Dass damit wohl auch die Mieten aufschlagen werden, hat auf der linken Ratsseite nur die AL erkannt. Eine Mehrheit des Kantonsrates hat dieser unsinnigen Auflage trotzdem zugestimmt. Das zeigt wie realitätsfremd die Mehrheit im Parlament tickt.

**Kantonsrat bittet Autofahrer zur Kasse**

Autofahrer sollen künftig vermehrt zur Kasse gebeten werden. Nicht nur über die neue CO2 Abgabe, die den Benzinpreis um über 12 Rp erhöht. Die Rechnung für so genannt «externe Kosten» des Autoverkehrs, also Lärm- und Gesundheitskosten, Landverbrauch oder Gebäudeschäden, sollen künftig den Verursachern in Rechnung gestellt werden, also den Autofahrern. Über höhere Motorfahrzeuggebühren sollen diese aus dem Strassenfonds bezahlt werden. Damit wird in der Schweiz ein ganz neues Kapitel eröffnet: nach amerikanischen Verhältnissen können künftig Klagen eingereicht werden, welche letztlich das Gewerbe und die ländliche Bevölkerung, die auf eine Auto angewiesen ist, bezahlen muss. Das auch

der öffentliche Verkehr „externe Kosten“ verursacht, wollte die Mehrheit im Kantonsrat partout nicht akzeptieren. Die SVP-Fraktion hat das Behördenreferendum zu diesem Geschäft bereits angekündigt.

**Griff in die Kantonskasse**

In einem übereilten Entscheid und ohne Berücksichtigung der Unternehmenssteuerreform erhöht der Kanton Zürich die Beiträge an die Sozialkosten der Gemeinden von 50 auf 70% in einem Schritt nach dem Giessenprinzip. Dies obwohl die finanziellen Auswirkungen für den Kanton nicht abschliessend geklärt sind. Rund 200 Mio Fr oder knapp drei Steuerfussprozent belastet das den Kantonshaushalt zusätzlich. Eine Erhöhung war geplant mit der zweiten Etappe des Kantons zur Unternehmenssteuerreform. Diese ist nun bei den aktuellen Mehrheitsverhältnissen akut gefährdet. Der Kanton Zürich bleibt damit im interkantonalen Vergleich am Ende der Skala bei den Unternehmenssteuern. Damit gerät im Kanton Zürich in einer Zeit der Hochkonjunktur – in dem die Steuereinnahmen absolut auf einem Allzeithoch sind – der mittelfristige Ausgleich über eine Milliarde Franken ins Minus.



Quelle: <https://stadt.winterthur.ch/themen/die-stadt/smart-city-winterthur>

Ein Politiker kommt in den Himmel und wird freundlich von Gott begrüsst. Der Politiker blickt sich um und sieht unendlich viele Uhren. Er fragt Gott, warum er so viele Uhren habe. Gott erklärt: „Jede Uhr steht für eine Partei. Machen die Parteipräsidenten Fehler, wird die Uhr schneller.“ Der Politiker sucht den Raum ab und fragt: „Und wo hast du die Uhr der Grünen?“ „Ach“, sagt Gott, „die habe ich im Wohnzimmer als Ventilator!“

«Die sozialistische Umverteilung schafft nur Verlierer.»



**Barbara Steinemann**  
Nationalrätin SVP

- Gefährliches Steuerexperiment mit ungewissem Ausgang
- Nicht durchdacht: Verschärfung der Heiratsstrafe
- Finanzschwache Gemeinden verlieren Steuereinnahmen
- Beispiellose Steuererhöhung und Spitzensteuersätze

# Umverteilung mit Gewalt

# NEIN

zur Juso-Steuer-Initiative

Regierung, Kantonsrat und Gemeinden empfehlen ein **NEIN**.



nein-zur-juso-steuer-initiative.ch



## Meinungsfreiheit beschneiden? Nein zum Zensurgesetz!



Benjamin Fischer  
SVP Kantonsrat  
Kt. ZH  
Präs. JSVP Schweiz

**Die Gerichtspraxis ist längst aus dem Ruder gelaufen, die Strafnorm hat sich zu einem veritablen Maulkorb-Paragrafen entwickelt, der unliebsame Äusserungen zur Einwanderungspolitik unter Generalverdacht stellt.**

**Wir dürfen nicht akzeptieren, dass die Grenze zwischen unliebsamer Meinung, Anstand und Strafrecht immer weiter verschoben werden.**

**Am 9. Februar 2020 stimmen wir über die Erweiterung der Rassismus-Strafnorm um das Kriterium der sexuellen Orientierung ab. Wo uns «Diskriminierungsschutz» verkauft wird, geht es in Wahrheit um ein Zensurgesetz, das die Meinungsfreiheit sowie die Gewissens- und Gewerbefreiheit bedroht. Ich bitte Sie: Engagieren Sie sich in diesem für die SVP wichtigen Abstimmungskampf.**

Wie lange regen wir uns schon über die unsägliche Rassismus-Strafnorm auf? Die Gerichtspraxis ist längst aus dem Ruder gelaufen, die Strafnorm hat sich zu einem veritablen Maulkorb-Paragrafen entwickelt, der unliebsame Äusserungen zur Einwanderungspolitik unter Generalverdacht stellt. Und nun soll dieser schwammige und unsaubere Artikel einer Gesinnungsjustiz gar noch erweitert werden – um den nicht minder

schwammigen Begriff der «sexuellen Orientierung». Mit der Erweiterung des Maulkorbartikels soll nun ein weiteres Instrument geschaffen werden, unliebsame Meinungen mittels Strafrecht auszumerzen. Das dürfen wir nicht zulassen!

Homo- und bisexuelle Menschen sind längst gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft. Sie haben es nicht nötig, zur vermeintlich schwachen und schützenswerten Minderheit degradiert zu werden. Das Zensurgesetz ist angesichts der existierenden Realitäten nicht nur unnötig, sondern in höchstem Masse kontraproduktiv. Das Strafrecht bietet bereits heute ausreichende Instrumente, die bei Hasskriminalität gegen sexuelle Minderheiten angewendet werden können, so zum Beispiel die Artikel des Strafgesetzbuches zu Beschimpfung, übler Nachrede oder Drohung. Gerade Gewaltaufrufe und -Anwendung jeglicher Art sind selbstverständlich schon heute strafbar, sie müssen nur konsequent zur Anzeige gebracht werden. Es kann und

soll aber nie einen Anspruch geben, jede mögliche Beleidigungsempfindung per Strafrecht aus der Welt zu schaffen, denn die Meinungsfreiheit ist damit nicht vereinbar. Dass nun gewisse Kreise genau dies versuchen, ist brandgefährlich. Meinungsfreiheit ist elementar, weil eine freie Gesellschaft keiner Instanz die Macht geben will abschliessend darüber zu entscheiden was wahr und was falsch ist. In einer freien Gesellschaft zählt der offene Diskurs und alleine der zwanglose Zwang des besseren Arguments. Wir dürfen nicht akzeptieren, dass die Grenze zwischen unliebsamer Meinung, Anstand und Strafrecht immer weiter verschoben werden. Natürlich soll gegen Hass vorgegangen werden, jedoch nur dort wo jemand direkt angegriffen ist unabhängig davon gegenüber wem dieser Hass geäussert wurde, dafür gibt es wie erwähnt ausreichend Instrumente im Strafrecht. Es braucht keine Sonderrechte für einzelne Gruppen.

Inserat

**Kalk!**  
Kein Problem,  
mit dem richtigen  
System!

**ZIER AG**  
Wasseraufbereitung und Schwimmbadtechnik  
Bahnhofstrasse 17 | 8422 Pfungen | Tel. 052 304 00 00  
[www.zier.ch](http://www.zier.ch) | [mail@zier.ch](mailto:mail@zier.ch)

## Die Mittelstandsinitiative – eine Chance für den Standort Zürich



Gregor Rutz  
SVP Nationalrat  
Kt. ZH

**Es gibt nur einen Weg, um die öffentliche Hand zu zähmen und eine Kurskorrektur zu erzwingen: weniger Geld.**

Am 9. Februar 2020 stimmen wir im Kanton Zürich über die «Mittelstandsinitiative» ab. Diese Initiative wurde von den Jungfreisinnigen sowie Vertretern aus SVP, FDP und CVP lanciert. Sie will die Einkommenssteuern für natürliche Personen im Kanton Zürich um durchschnittlich rund 10% senken. Ein goldrichtiger Schritt in einer Zeit, wo die Staatsausgaben stetig ansteigen. Darum unterstütze ich diese Initiative.

Seit gut 20 Jahren bin ich politisch tätig. Und seit 20 Jahren gibt es jedes Jahr mehr Gesetze, mehr Bürokratie, mehr Verwaltungsangestellte – und damit natürlich auch mehr Ausgaben. Als ich im Juni 2000 in den Zürcher Verfassungsrat gewählt wurde, gab der Bund pro Jahr knapp 32 Mia. Franken aus, der Kanton Zürich nicht ganz 11 Mia. Franken. Diese Ausgaben haben sich unterdessen verdoppelt: Die Bundesausgaben sind auf über 70 Mia. Franken pro Jahr angewachsen, während

der Kanton Zürich im Jahr 2018 über 15 Mia. Franken ausgab. Parallel stieg auch die Zahl der Verwaltungsangestellten – zusammengerechnet um über 270'000 Stellen bei Bund, Kanton und Gemeinden! Waren 1995 noch 81% der Stellen in der Privatwirtschaft angesiedelt, arbeiteten 2015 bereits 25% in der Verwaltung oder bei staatsnahen Betrieben. Diese Entwicklungen sind bedenklich, denn sie schaden dem Standort Schweiz und belasten die Unternehmen unnötig. Es gibt nur einen Weg, um die öffentliche Hand zu zähmen und eine Kurskorrektur zu erzwingen: weniger Geld.

Die Mittelstandsinitiative stellt keine übertriebenen Forderungen. Sie will die Einkommenssteuern im Kanton Zürich

senken. Der Freibetrag soll angehoben und der höchste Grenzsteuersatz abgeschafft werden. Von der Initiative profitieren alle Einkommensklassen; der Mittelstand wird steuerlich um 10-20% entlastet. Der Kanton muss auf rund 2% der Gesamteinnahmen verzichten, wobei die Initiative einen gewissen Freiraum bei der Umsetzung belässt. Die Gemeinden sind von der Initiative kaum betroffen: Die Einsparungen von rund 630 Mio. Franken hätte der Kanton zu tragen.

Fazit: Tiefe Steuern fördern die Standortattraktivität und garantieren unseren Wohlstand. Steuersenkungen geben Wirtschaft und Gewerbe positive Impulse. Das richtige Signal im Frühling 2020 – darum stimme ich Ja.

Inserat

**COMES**

Ihr Vertrauenspartner für

**Treuhand**

**Vermögensberatung**

**Versicherungsfragen**

Postfach 1659  
Bankstrasse 8  
8401 Winterthur  
Tel. 052 222 33 20  
Fax 052 222 33 28  
E-Mail: [comes@comes.org](mailto:comes@comes.org)  
Website: [www.comes.org](http://www.comes.org)

## Unausgegoren und brandgefährlich



Franco Albanese  
SVP Kantonsrat  
Kt. ZH

Die Entlastungsinitiative der Juso ist ein gefährliches Spiel mit den Steuertarifen und würde einen unheilbaren Ausgang besiegeln. Die grobe Verschiebung der Steuertarife ist fahrlässig und hätte bittere Auswirkungen auf die Finanzen des Kantons Zürich, der Städte und Gemeinden. Der Regierungsrat, die Kommission (11 zu 3 Stimmen) und der Kantonsrat (125 zu 41 Stimmen) empfehlen zusammen mit der SVP-Fraktion ein **Nein**.

Die Initiative will die Steuertarife für natürliche Personen anpassen. Für die untersten 10-15 Prozent der Bevölkerung, würde sich mit der Initiative

allerdings nichts ändern. Denn diese Personen müssen bereits heute keine Einkommenssteuer zahlen, weshalb für sie eine Senkung nutzlos wäre. Sie sind auf andere, bedachtere Massnahmen angewiesen. Der Regierungs- und Kantonsrat haben beispielsweise deshalb mit dem Ausbau der Prämienvergünstigungen (von 2005 - 2016 Erhöhung von 1'982 auf 2'524 CHF pro Haushalt) bereits entsprechende Schritte eingeleitet. Auf der anderen Seite müssten die oberen 10-15 Prozent der Bevölkerung, die heute deutlich über die Hälfte der Einkommenssteuern zahlen, eine zusätzliche Mehrbelastung von rund 750 Mio. Franken stemmen. Diese beiden Tatsachen zeigen auf, dass die trügerische und mehrheitlich fingierte Entlastung des Mittelstandes lediglich als Köder dient, um die Bürger zu einer massiven Anhebung der Steuerbelastung zu verführen.

**Wer mitbestimmen will, muss auch Steuern entrichten**  
Demnach müssten bei einem Ja, neu sogar 20 Prozent der Bevölkerung gar

keine Steuern mehr bezahlen und dürften trotzdem weiterhin mitbestimmen. Auch wenn die wenigsten gerne Steuern zahlen, so erhöht eine fiskalische Beteiligung die nötige Identifikation zur Haushaltung staatlicher Ausgaben. Zudem würden die Steuertarife für verheiratete Personen stärker angepasst als für Einzelpersonen, was zu einer Zuspitzung der Heiratsstrafe führt. Auch die finanzielle Ungleichheit zwischen den Gemeinden würde anschwellen. Denn in einer statischen Betrachtung würden gewisse Gemeinden bis zu 9 Prozent ihrer Steuereinnahmen einbüßen. Zu den betroffenen finanzschwächeren Gemeinden zählt leider auch die Stadt Winterthur. Ausserdem kann die Gesamtsteuerbelastung (Bund + Kanton + Gemeinde + Kirche) mit dieser Steuer-Initiative für Personen mit hohem Einkommen auf bis zu 55,7 Prozent steigen. Gegenüber der heutigen Situation bedeutet das eine Steuererhöhung um 30 Prozent. Damit wäre der Wirtschaftskanton Zürich das mit grossem Abstand abgeschlagene, einsame Schlusslicht der Schweiz.

**Für die untersten 10-15 Prozent der Bevölkerung, würde sich mit der Initiative allerdings nichts ändern. Denn diese Personen müssen bereits heute keine Einkommenssteuer zahlen, weshalb für sie eine Senkung nutzlos wäre.**

### Inserat

Wir freuen uns, Sie zu informieren, dass die dritte Generation der Familie Heuberger seit 2015 bei uns mitarbeitet. Seit 1972 verwaltet die **SISKA Verwaltungs AG** Liegenschaften für Private, Pensionskassen, Stiftungen und Immobilien-Gesellschaften. Wir entlasten unsere Auftraggeber auch von Steuererklärungen oder übernehmen auf Wunsch das Domizil und die Betreuung von Immobilien-Gesellschaften. Neben der üblichen Verwaltungstätigkeit zählen Gesamt- und Teilsanierungen von Mehrfamilienhäusern, ohne den Mietern deswegen kündigen zu müssen, zu unseren Spezialitäten. Auch energetische Verbesserungen führen wir durch und kontrollieren die Effizienz. Eine eigene Abteilung widmet sich der Verwaltung von Stockwerkeigentum.

Informationen und Referenzen senden wir Ihnen gerne zu:

*Generelle Anfragen:*

Rainer Heuberger, rainer.heuberger@siska-verwaltung.ch

*Recht und Steuern:*

Brigitte Heuberger-Blum, b.heuberger@siska-verwaltung.ch

*Stockwerkeigentum:*

Robert Heuberger jun., robert.heuberger@siska-verwaltung.ch

Auf Ihre Kontaktaufnahme freuen wir uns.



**SISKA Verwaltungs AG**

Schaffhauserstrasse 9, Postfach 2338, 8401 Winterthur

Tel. 052 260 01 00, Fax 052 260 01 99

info@siska-verwaltung.ch, www.siska-verwaltung.ch



**Eine funktionierende Verkehrserschliessung ist hier von existenzieller Bedeutung für Stadt und Kanton Zürich.**

**Bauen wir den Rosengartentunnel nicht, wird der Druck für die Aufhebung dieser Fahrstreifen zu Gunsten einer Tramverbindung wieder zunehmen.**

## Rosengartentunnel und Rosengartentram – zum Nutzen des ganzen Kantons



Ueli Pfister  
SVP Kantonsrat  
Kt. ZH

Am 9. Februar 2020 stimmen wir über eine Vorlage ab, welche die Verkehrssituation in einer Boom-Region des Kantons Zürich längerfristig sicherstellt. Der Wirtschaftsraum Glatt- und Limmattal zählt zu den wirtschaftlich wichtigsten Gebieten im Kanton Zürich. Eine funktionierende Verkehrserschliessung ist hier von existenzieller Bedeutung für Stadt und Kanton Zürich.

Am Rosengarten beträgt die Kapazität des öffentlichen Verkehrs heute ca. 1'900 Personen pro Richtung und Stunde. Mit dem geplanten Projekt soll diese Kapazität auf ca. 3'500 Personen pro Richtung und Stunde ausgebaut werden. Mit dem Rosengartentram wird eine Tangentialverbindung geschaffen, welche den ÖV auch im Zentrum der Stadt Zürich

entlasten wird. Dies auch zum Vorteil von uns allen. Was hat dies mit den Rosengartentunnel zu tun? Die Stadt Zürich selber wird um ca. 80'000 Einwohner wachsen. Dieser Bevölkerungszuwachs ruft beim ÖV nach mehr Kapazitäten. Stellen wir diese Kapazitäten nicht zur Verfügung, ergibt sich eine Umlagerung auf die Strasse, was zu noch mehr Stauzeiten führen wird.

2010 wurde eine Vorlage für ein Rosengartentram auf Kosten von zwei Fahrspuren des Individualverkehrs abgelehnt. Mit dem Rosengartentunnel verlegen wir den motorisierten Individualverkehr unter den Boden, beruhigen ein ganzes Quartier und schaffen Platz für eine neue Tramlinie. Wir entflechten den Verkehr nachhaltig.

Bauen wir den Rosengartentunnel nicht, wird der Druck für die Aufhebung dieser Fahrstreifen zu Gunsten einer Tramverbindung wieder zunehmen. Mit den

heutigen politischen Verhältnissen ist zu befürchten, dass ein solcher Vorstoss mehrheitsfähig wird. Dadurch wird sich der Stau bis in die Agglomeration verlagern. Zürich Nord und die ganze Flughafenregion wäre davon betroffen.

Die Kosten von 1,1 Milliarden Franken (ohne Beitrag aus dem Agglomerationsfond des Bundes) erscheinen sehr hoch. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir in einem der am dichtesten besiedelten und bebauten Gebiet der Schweiz eine neue Infrastruktur erstellen. Das Geld ist im Strassenfond vorhanden. Wird dieses Geld nicht für den Strassenbau verwendet, hat die links-grüne Mehrheit sicher viele Ideen, wo und wie dieses Geld verwendet werden könnte. Dies sicherlich nicht in unserem Sinn.

Darum ein beherztes Ja für eine weitere, prosperierende Entwicklung des Wirtschaftsraums Zürich.

## Taxigesetz



René Isler  
Kantonsrat  
SVP Kt. Zürich

Auch wenn die Delegiertenversammlung der Zürcher SVP die Neinparole zum Taxigesetz beschlossen hat, so bin ich nach wie vor wie der Meinung, dass wir das Gesetz annehmen müssen, damit alle Taxiunternehmen die gleichlangen Spiesse haben wie bisher. Die SVP-Kantonsratsfraktion hat sich übrigens ebenfalls für das Gesetz ausgesprochen. Nun aber, um was geht es. Mit dem Markteintritt des US-Unternehmens Uber war bald einmal klar, dass da eine Institution auf den Markt kommt, welche offensichtlich

nicht dieselben Anforderungen bezüglich der ARV2 (Verordnung über die Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen Führer von leichten Personentransportfahrzeugen) erfüllen muss, wie das bisher alle herkömmlichen Taxiunternehmen müssen. Die bisherige Gesetzgebung hat bezüglich solchen neuen Anbietern schlicht nichts vorgeschrieben. Während heute jeder Taxichauffeur vor seiner ersten Taxifahrt eine theoretische und praktische Prüfung ablegen und jedes Taxi mit Fahrtenschreiber jährlich beim Strassenverkehrsamt vorgeführt werden muss, ist für Uber nichts dergleichen vorgeschrieben. Das Taxigesetz würde wenig-

stens Mindeststandards für Taxibewilligungen schaffen und die Vereinfachung des Vollzugs (Pflicht zur Mitführung von Dokumenten) vereinheitlichen. Bei allem Verständnis bezüglich liberalen Gedankengut. Wenn man für eine völlige Liberalisierung des Taxiwesens ist, so muss zwingend das Bundesrecht, sprich die ARV2, entsprechend abgeändert oder ganz abgeschafft werden. Das ist aber bei diesem kantonalen Taxigesetz nicht möglich. Weil ich möchte, dass alle Taxiunternehmen sich mit gleichlangen Spiessen dem Markt stellen müssen, bitte ich euch, dem Taxigesetz zu zustimmen. Herzlichen Dank.

**... so bin ich nach wie vor wie der Meinung, dass wir das Gesetz annehmen müssen, damit alle Taxiunternehmen die gleichlangen Spiesse haben wie bisher.**

## Chlausabend der SVP, 13. Dezember 2019, in Wülflingen

Am 13. Dezember trafen sich 40 Personen zum traditionellen Chlausabend der SVP. In der schön dekorierten "Schüür" von Ernst und Ramon Graf im Niederfeld wurde der Anlass durchgeführt.

Neben Nationalrätin Theres Schläpfer, welche einige Worte aus der Session im Nationalrat erzählte, berichtet Maria Wegelin aus der Stadtpartei.

Wir wünschen allen im 2020 viel Glück, alles Gute und gute Gesundheit.



- *bürgerlich*
- *teamfähig*
- *über zehn Jahre Schulpflege-Erfahrung*
- *kompetent in Bildungsfragen*

Am 9. Februar 2020  
in die Schulpflege

# Hans Brunner

[www.svp-neftenbach.ch](http://www.svp-neftenbach.ch)

### Meine Person

- Jahrgang 1966
- Einkäufer
- verheiratet, 2 Kinder im Alter von 13 und 18 Jahren

### Wohnhaft

- seit 2010 in Neftenbach

### Leidenschaften

- spazieren mit dem Hund
- gastronomisches Geniessen

### Ich setze mich ein für

- eine bürgerliche Schulpolitik
- Stabilität im Bildungswesen

### Meine Motivation

- Meine Erfahrungen von über zehn Jahren Schulbehörde möchte ich gerne in den Neftenbacher Schulalltag einfließen lassen.

Ich trage dazu bei, dass Schule stattfinden kann. Die Lehrpersonen sollen entlastet werden, dass sie sich auf das Unterrichten konzentrieren können.

In einem politisch und geschlechtlich ausgewogenen Schulpflege-Team wird ein stabiler und ruhiger Schulbetrieb ermöglicht.

[www.svp-neftenbach.ch](http://www.svp-neftenbach.ch)



## Tobias Weidmann direkt



Alter:	Jahrgang 1983
Zivilstand:	verheiratet mit Andrea Weidmann
Kinder:	Fiana (7), Vincent (5), Enya (2)
Augen:	Braun
Haare:	Braun
Grösse:	170cm
Beruf:	Unternehmer und Geschäftsführer in der IT & Finanzdienstleistung
Erstes Geld:	Schulhausreinigung in den Frühlings- und Herbstferien
Liebingsgetränk:	Pepsi Max mit Cherry-Geschmack
Liebingsessen:	Gerstensuppe bei kaltem Wetter
Liebingsmusik:	60er / 70er
Funktionen in der Partei:	Kantonsrat, Vorstand SVP Hettlingen
Hobbies:	Familie

### Lieber Tobias, du bist Kantonsrat der SVP des Kt. Zürich und im Vorstand der SVP Hettlingen. Was sind deine Ziele für die SVP?

Zu Unrecht wird die SVP als Problembewirtschafter und Polterer pauschalisiert und reduziert, oder als populistisch verschrien.

Doch genau das Gegenteil ist der Fall: Initiativen sind Ausdruck konkreter Lösungsvorschläge. Auch ändert die SVP aufgrund einer Modeerscheinung des Klimatrends nicht kurzerhand ihr Parteiprogramm. Auf die SVP ist Verlass, denn sie arbeitet konstruktiv und proaktiv in der Politik mit. Oft höre ich den Satz: "Die SVP ist für mich nicht wählbar", obwohl diese Personen inhaltlich ähnliche Ansichten haben.

Ich wünsche mir, dass es uns

gelingt, ein positives Image über die Parteigrenze hinaus zu schaffen, damit die Leute erkennen, dass sich die SVP für die breite Bevölkerung einsetzt. Wir stehen für eine offene, aber selbstbestimmende Schweiz ein.

### Wo und wie bist du aufgewachsen?

Ich bin im schönen Hettlingen aufgewachsen. Nach 8 Jahren Abwesenheit wegen Militär, Studium und Ausland kehrte ich mit meiner Frau und Kindern in meine Heimat zurück.

### Wie bist du zur SVP gestossen?

In einer grossen und lebendigen Familie kam ich schon sehr früh mit Politik in Berührung. Beim Abendessen wurden stets die verschiedenen politischen Ansichten unter uns Geschwistern

ausgiebig und kontradiktorisch diskutiert.

Aber vor allem hat mich die EU-Frage in jungen Jahren stark politisiert. Die SVP war für mich die einzige Partei, die sich für eine starke, unabhängige und selbstbestimmende Schweiz einsetzt. Aus diesem Grund bin ich stolz ein SVPLer zu sein und mich für eine freie Schweiz einsetzen zu können.

### Welches sind deine politischen Schwerpunkte?

Ich kämpfe für einen nachhaltigen, generationsübergreifenden Arbeitsmarkt, insbesondere für die Generation 50 Plus. Niemand sollte im besten Alter auf das Abstellgleis gestellt werden. Deshalb brauchen wir eine massvolle und gezielte Zuwanderung, damit unsere Arbeitsplätze nicht durch billigere

Arbeitskräfte ersetzt werden. Die Überbrückungsrente wird genau das Gegenteil verursachen und stellt ein Persilschein aus, ältere Arbeitnehmer durch jüngere zu ersetzen.

Ich unterstütze eine fähige und glaubwürdige Armee als notwendige Grundlage für einen stabilen und innovativen Wirtschaftsstandort mit sicheren Arbeitsplätzen. Damit auch die Kinder in Freiheit und Unabhängigkeit aufwachsen und leben dürfen. Leider ist die Welt nicht sicherer geworden.

### Wie verbringst du deine Freizeit?

In meiner Freizeit geniesse ich die frische Luft beim Joggen oder Wandern mit der Familie.

## Parolen 09. Februar 2020

### Eidgenössisch

Mehr bezahlbare  
Wohnungen

Nein

Zensurgesetz

Nein

### Kantonal

Projekt Rosengarten-  
tram und Rosen-  
gartentunnel

Ja

Gesetz über den  
Personentransport

Ja

Entlastungsinitiative  
(JUSO)

Nein

Mittelstandsinitiative

Ja

## 2-2-2-1



Felix Lisibach  
Redakteur

Die Zauberformel nennt sich nicht einfach aus Spass Zauberformel. Diese besagt – Sie werden es wissen – dass die drei stärksten Parteien der Schweiz je zwei sowie die vierstärkste Partei einen Sitz im Bundesrat erhalten. Trotz der Tatsache, dass es sich um eine ungeschriebene Regel handelt, ist sie dennoch Garant unserer ausserordentlichen politischen Stabilität. Eine Stabilität, um welche uns zahllose Nationen auf der ganzen Welt beneiden.

Doch nun soll die Zauberformel auf den Kopf gestellt werden.

Interessant ist natürlich insofern, dass jede Partei ihre eigene Rechnung aufstellte, um die Zauberformel in die für sie günstigste Form zu biegen. Es wurde argumentiert mit den Anzahl Sitzen im Nationalrat im Verhältnis zu den Sitzen im Bundesrat, mit dem Verhältnis von National- zu Ständerat oder es wurden sogar ganz neue Blöcke zwischen den Parteien gebildet. Die Zauberformel wurde regelrecht in Stücke zerrissen.

Doch kommen wir kurz auf die Tatsachen zurück. Zweifelsohne haben die Grünen einen massiven Erfolg eingefahren. Einen Erfolg, welcher, trotz allem, respektiert werden muss. Die Zauberformel darf – der Sta-

bilität willen – nicht abgeändert werden. Zumindest nicht von heute auf morgen. Dies bedeutet, dass die Grünen durchaus einen Anspruch auf einen Bundesratsitz haben – zulasten der CVP. Doch bevor wir nun Hals über Kopf Entscheide treffen, sollten wir abwarten. Ich glaube ich muss niemanden von Ihnen erinnern, wie lange die SVP auf ihren wohlverdienten zweiten Bundesratsitz warten mussten. Lassen wir die Grünen ihren Erfolg erst einmal wiederholen.

Ich wähle bewusst Konstanz und Stabilität und setze mich für die Kontinuität unseres politischen Systems ein.



[www.svp-winterthur.ch](http://www.svp-winterthur.ch)  
[direkt@svp-winterthur.ch](mailto:direkt@svp-winterthur.ch)

Blick über Winterthur  
Drohnenbild von Robert Winkler